

# SITZUNG

Sitzungstag:

31.10.2012

Sitzungsort:

Kusel

---

Namen der Mitglieder des Kreistages

---

## Vorsitzender

Dr. Winfried Hirschberger	
---------------------------	--

## Niederschriftführer

KOVR Manfred Drumm	
--------------------	--

## SPD

Matthias Bachmann	
Detlef Bojak	
Frieder Haag	
Dr. Oliver Kusch	
Axel Müller	
Klaus Müller	
Erwin Reiber	
Andrea Schneider	
Anni Schummel	

## CDU

Toni Guhmann	
Xaver Jung	
Michael Kolter	
Christoph Lothschütz	
Karl Marchetti	
Rosemarie Saalfeld	
Dr. Stefan Spitzer	

## FWG

Rüdiger Becker	
Hans Harth	
Martin Pfeiffer	
Helmut Weyrich	

## Bündnis 90/ Die Grünen

Patricia Altherr	
Dr. Wolfgang Frey	
Andreas Hartenfels	

### **Wählergruppe Jung Egbert**

Egbert Jung	
Heinrich Steinhauer	

### **FDP**

Katharina Büdel	
-----------------	--

### **Die Linke**

Robert Drumm	
--------------	--

### **Kreisbeigeordnete**

Erster Kreisbeigeordneter Jürgen Conrad	
Kreisbeigeordneter Otto Rubly	
Kreisbeigeordneter Gerhard Kirch	

### **Verwaltung**

Kreisbeschäftigter Dieter Korb	
KVD Ulrike Nagel	
RD Horst-Dieter Schwarz	
KAM Marc Wolf	

### **Abwesend:**

### **SPD**

Rudi Agne	entschuldigt
Karl-Heinz Becker	entschuldigt
Jürgen Kreischer	entschuldigt
Ute Lauer	entschuldigt
Siegmar Leixner	entschuldigt
Friedrich Wunn	entschuldigt

### **CDU**

Dr. Leo Reiser	entschuldigt
Josef Weis	entschuldigt

### **FDP**

Peter Matzenbacher	entschuldigt
--------------------	--------------

### **Die Linke**

Martin Trapp	entschuldigt
--------------	--------------

# Tagesordnung

der Sitzung des Kreistages am Mittwoch, dem 31.10.2012, um 16:00 Uhr,  
im Veranstaltungsraum der Kreissparkasse Kusel (3. OG), Gartenstraße 4,  
in Kusel

## A) Öffentlicher Teil

1. Verpflichtung eines Kreistagsmitglieds
2. Einwohnerfragestunde
3. Nachwahl von Ausschussmitgliedern;
  - a) Mitglied bzw. stellvertretendes Mitglied des Kreisausschusses
  - b) Mitglied des Umwelt- und Abfallwirtschaftsausschusses
  - c) Stellvertretendes Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses
  - d) Stellvertretendes Mitglied des Werkausschusses des Eigenbetriebs "Jobcenter Landkreis Kusel"
  - e) Mitglied des Wirtschaftsbeirats
  - f) Mitglied der Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Westpfalz
4. Resolution des Kreistages an die Landes- bzw. Bundesregierung betreffend die Schulsozialarbeit
5. Unterrichtung über den Stand des Haushaltsvollzugs gemäß § 21 GemHVO
6. Anträge von Fraktionen des Kreistags
7. Anfragen von Fraktionen des Kreistags
8. Informationen

## B) Nichtöffentlicher Teil

9. Personalangelegenheiten;

\*\*\*\*\*

Der Vorsitzende eröffnete gegen 16.00 Uhr die 3. Kreistagssitzung in diesem Jahr, die 14. Sitzung der laufenden Legislaturperiode und gleichzeitig die 240. Kreistagssitzung nach dem Kriege.

Nach einleitenden Begrüßungsworten stelle er die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Anschließend wies er darauf hin, dass die Kreistagsfraktion „Die Linke“ bereits schriftlich angekündigt habe, dass sie ihren Antrag zum Bildungs- und Teilhabepaket, den sie zur Beratung in der heutigen Kreistagssitzung gestellt hatte, zurückziehen und dazu das Wort ergreifen wolle. Das entsprechende Schreiben war den Kreistagsmitgliedern ausgeteilt. Der Vorsitzende der Kreistagsfraktion „Die Linke“, Herr Robert Drumm, erklärte, dass seine Fraktion ihren Antrag zur Verwendung nicht abgerufener Gelder des Bildungs- und Teilhabepakts nicht durch Formfehler gefährden wolle, nachdem man bei der Überprüfung der Tagesordnung zu dem Ergebnis gekommen sei, dass ein schwerwiegender formaler Fehler vorliege. Danach erfülle die Formulierung „Anträge von Fraktionen des Kreistags“ nicht die zwingend

vorgesehene Form eines zu berücksichtigenden Antrages gemäß § 27 Abs. 5 Satz 4 LKO. Die Tagesordnung müsse hinreichend präzise sein, d.h. es bestehe die Pflicht, einzelne Tagesordnungspunkte konkret aufzuführen, so dass sich die Öffentlichkeit anhand der Tagesordnung entscheiden könne, ob Sie an der Sitzung als Zuhörer teilnehmen wolle. Eine Möglichkeit zur Heilung sehe seine Fraktion wegen der Schwere des Fehlers gleichwohl nicht. Aus diesen Gründen sehe sich seine Fraktion gezwungen, den Antrag zurückzuziehen und habe die Aufsichtsbehörde in der Angelegenheit um Stellungnahme gebeten. Schließlich bat er den Vorsitzenden, unabhängig von der Bewertung der ADD, dies bei der Vorbereitung der nächsten Sitzung bereits entsprechend umzusetzen.

Der Vorsitzende erklärte, dass er dem Anliegen entsprechen wolle und der Punkt mit der entsprechenden Bezeichnung in die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung aufgenommen und dort behandelt werden soll. Im Übrigen wies er darauf hin, dass der Hauptantrag inhaltlich falsch sei, da das Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, welches Herr Drumm ihm habe zukommen lassen, gerade bestätige, dass der Bund erstmals für das Jahr 2012 die Rückzahlung nicht verbrauchter Mittel fordere.

Einwände gegen die vom Vorsitzenden vorgeschlagene Vorgehensweise wurden seitens der Mitglieder des Kreistags keine erhoben. Da keine weiteren Anträge zur Tagesordnung eingebracht wurden, wurde sodann mit der Abhandlung der einzelnen Tagesordnungspunkte begonnen.

<b>Kreistags-Sitzung am 31.10.2012</b> <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>29</b>		
<b>TOP: 1</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

### ***Verpflichtung eines Kreistagsmitglieds***

Herr Siegbert Theiß (FWG) ist am 07.08.2012 verstorben und scheidet somit aus dem Kreistag des Landkreises Kusel aus (§ 53 KWG i.V.m. § 45 Abs. 1 KWG).

Der Wahlleiter hat Herrn

**Martin Pfeiffer**  
**Mauerweg 2 a,**  
**66869 Blaubach**

als Ersatzperson (§ 45 KWG) benachrichtigt.

Herr Martin Pfeiffer erklärte sich bereit, das Kreistagsmandat anzunehmen und wurde daraufhin vom Wahlleiter als Ersatzpersonen berufen.

Herr Martin Pfeiffer wurde vor seinem Amtsantritt vom Vorsitzenden auf gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten als Kreistagsmitglied durch Handschlag verpflichtet.

<b>Kreistags-Sitzung am 31.10.2012</b> <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>29</b>		
<b>TOP: 2</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

### ***Einwohnerfragestunde***

Der Vorsitzende erklärte, dass bei der Verwaltung zu diesem Tagesordnungspunkt keine Fragen bzw. Vorschläge und Anregungen eingegangen seien.

<b>Kreistags-Sitzung am 31.10.2012</b> -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>38</b>
		davon anwesend: <b>28</b>
<b>TOP: 3</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>
		Dafür   Dagegen   Enthaltung
		<b>28   0   0</b>

**Nachwahl von Ausschussmitgliedern;**

- a) Mitglied bzw. stellvertretendes Mitglied des Kreisausschusses**
- b) Mitglied des Umwelt- und Abfallwirtschaftsausschusses**
- c) Stellvertretendes Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses**
- d) Stellvertretendes Mitglied des Werkausschusses des Eigenbetriebs "Job-center Landkreis Kusel"**
- e) Mitglied des Wirtschaftsbeirats**
- f) Mitglied der Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Westpfalz**

Nachdem Herr Siegbert Theiß verstorben ist, sind nunmehr Ersatzpersonen für die entsprechenden Ausschüsse des Kreistages und Gremien zu wählen.

**a) Mitglied bzw. stellvertretendes Mitglied des Kreisausschusses**

Herr Theiß war stellvertretendes Mitglied des Kreisausschusses. Weiterhin hat Herr Helmut Weyrich mit Schreiben vom 20.09.2012 sein Mandat als Mitglied des Kreisausschusses zum 30.10.2012 niedergelegt. Somit sind auf Vorschlag der FWG-Fraktion sowohl ein Kreisausschussmitglied als auch ein Stellvertreter aus der Mitte des Kreistags nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl zu wählen (§ 39 LKO bzw § 28 Abs. 7 der Geschäftsordnung).

Die Fraktion hat **Herrn Rüdiger Becker** als Mitglied des Kreisausschusses und **Herrn Helmut Weyrich** als dessen Stellvertreter vorgeschlagen.

**b) Mitglied des Umwelt- und Abfallwirtschaftsausschusses**

Nach § 4 Abs. 2 der Hauptsatzung des Landkreises bildet der Kreistag einen Umwelt- und Abfallwirtschaftsausschuss. Dieser besteht gemäß § 4 Abs. 3 der Hauptsatzung des Landkreises aus 10 gewählten Mitgliedern. Die Mitglieder und die Stellvertreter werden aus der Mitte des Kreistages gewählt.

Die Grundsätze für die Wahl der Ersatzpersonen in Ausschüssen sind in § 39 LKO bzw. § 28 Abs. 7 der Geschäftsordnung für den Kreistag festgelegt. Danach werden Ersatzleute auf Vorschlag der Fraktion, von der das ausgeschiedene Mitglied vorgeschlagen war, durch Mehrheitswahl gewählt. Da Herr Siegbert Theiß auf Vorschlag der FWG-Fraktion gewählt wurde, steht dieser Fraktion auch das Vorschlagsrecht für die Nachfolgewählten zu. Die FWG-Fraktion schlägt **Herrn Martin Pfeiffer** als Mitglied des Umwelt- und Abfallwirtschaftsausschusses vor.

### **c) Stellvertretendes Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses**

Nach § 4 Abs. 2 der Hauptsatzung des Landkreises bildet der Kreistag einen Rechnungsprüfungsausschuss. Dieser besteht gemäß § 4 Abs. 3 der Hauptsatzung des Landkreises aus 9 Mitgliedern. Die Mitglieder und die Stellvertreter sind aus der Mitte des Kreistages zu wählen.

Die Ersatzperson wird auf Vorschlag der FWG-Fraktion vom Kreistag nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl gewählt (§ 39 LKO bzw. § 28 Abs. 7 der Geschäftsordnung). Die FWG-Fraktion schlägt **Herrn Martin Pfeiffer** als stellvertretendes Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses vor.

Die Wahl erfolgt in öffentlicher Sitzung im Wege geheimer Abstimmung mittels Stimmzettel, sofern der Kreistag nicht ausdrücklich etwas anderes beschließt (§ 33 Abs. 5 LKO).

### **d) Stellvertretendes Mitglied des Werkausschusses des Eigenbetriebs „Jobcenter Landkreis Kusel“**

Gemäß § 6 Abs.1 der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Jobcenter Landkreis Kusel“ besteht der Werkausschuss aus 10 Mitgliedern, wobei mindestens die Hälfte der Mitglieder Mitglied des Kreistages sein soll. Die Mitglieder des Werkausschusses sollen die für ihr Amt erforderliche Sachkunde und Erfahrung besitzen. Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu bestellen.

Die Grundsätze für die Wahl der Mitglieder des Werkausschusses sind nach § 57 LKO i.V.m. § 86 Abs. 4 GemO in §§ 44 bis 46 GemO bzw. § 28 der Geschäftsordnung für den Kreistag festgelegt. Gemäß § 45 GemO obliegt der FWG-Fraktion das Vorschlagsrecht. Für die Wahl des stellvertretenden Mitglieds des Werkausschusses des Eigenbetriebs „Jobcenter Landkreis Kusel“, die nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl durchzuführen ist, hat die FWG-Fraktion **Herrn Martin Pfeiffer** vorgeschlagen.

### **e) Mitglied des Wirtschaftsbeirats**

Dem Wirtschaftsbeirat gehören neben dem Landrat, der zugleich Vorsitzender des Beirates ist, den Vertretern weiterer Institutionen und weiteren durch den Kreistag zu berufenden Einzelpersonlichkeiten, fünf Mitglieder des Kreistages an, die nach dem Hare/Niemeyer-Verfahren zu wählen sind.

Die Ersatzperson wird auf Vorschlag der FWG-Fraktion vom Kreistag nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl gewählt (§ 39 LKO bzw. § 28 Abs. 7 der Geschäftsordnung). Die Fraktion hat **Herrn Martin Pfeiffer** als Mitglied des Wirtschaftsbeirats vorgeschlagen.

### **f) Mitglied der Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Westpfalz**

Nach § 6 Abs. 1 der Satzung der Planungsgemeinschaft Westpfalz besteht die Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft neben den Oberbürgermeistern und Landräten aus weiteren Vertretern der kreisfreien Städte und Landkreise. Die Anzahl der zu wählenden Vertreter bemisst sich nach der Einwohnerzahl. Danach entsendet der Landkreis Kusel vier weitere Vertreter. Für die vom Kreistag zu wählenden Vertreter sind zugleich Stellvertreter zu bestimmen (§ 6 Abs. 3 Nr. 2).

Die vier weiteren Vertreter des Landkreises Kusel werden vom Kreistag in entsprechender Anwendung des § 39 der Landkreisordnung gewählt. (§ 6 Abs. 1 Nr. 2 der Satzung der Pla-

nungsgemeinschaft Westpfalz). Demnach werden Ersatzleute auf Vorschlag der politischen Gruppe, von der das ausgeschiedene Mitglied vorgeschlagen war, durch Mehrheitswahl gewählt. Die FWG-Fraktion schlägt **Herrn Martin Pfeiffer** für die Wahl vor.

Der Vorsitzende beantragte, die Wahlen nicht geheim, sondern offen sowie für alle Wahlvorschläge gemeinsam durchzuführen. Der Kreistag stimmte dem Antrag des Vorsitzenden einstimmig zu.

**Beschluss:**

Der Kreistag nimmt die von der FWG-Fraktion eingebrachten Wahlvorschläge an.

<b>Kreistags-Sitzung am 31.10.2012</b> -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>29</b>		
<b>TOP: 4</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür <b>29</b>	Dagegen <b>0</b>	Enthaltung <b>0</b>

### **Resolution des Kreistages an die Landes- bzw. Bundesregierung betreffend die Schulsozialarbeit**

Der Kreistag des Landkreises Alzey-Worms hat in seiner Sitzung am 28.09.2012 eine Resolution über die künftige Schulsozialarbeit beschlossen und die Resolution den anderen Landkreisen zu Beschlussfassung empfohlen.

Dabei hat er die Forderungen des Landkreistages Rheinland-Pfalz, die Schulsozialarbeit dauerhaft, kontinuierlich und verlässlich zu finanzieren, aufgegriffen. Die Fachausschüsse, Vorstände und die Allgemeine Landrätekonzferenz des Landkreistages Rheinland-Pfalz haben mehrfach die Fragestellung diskutiert und sich für eine dauerhafte und gesicherte Etablierung der Schulsozialarbeit in allen Schularten als Prävention ausgesprochen. Sowohl aus bildungspolitischer Sicht als auch im Blick auf die Vermeidung künftiger Hilfen zur Erziehung wurde seitens des Landkreistages mehrfach bei der Landesregierung eine dauerhafte finanzielle Unterstützung eingefordert.

Zur Verstärkung der bereits vorgetragenen Forderungen und im Interesse einer einheitlichen Vorgehensweise wird auf Grundlage des vom Kreistag Alzey-Worms gefassten Beschlusses empfohlen, ebenfalls eine Resolution an die Landes- Bundesregierung betreffend die Schulsozialarbeit zu verabschieden.

Den Kreistagsmitgliedern lag der Resolutionsentwurf vor. Der Vorsitzende erklärte ergänzend zu der Beschlussvorlage, dass der Landkreis Kusel bereits frühzeitig die Schulsozialarbeit an weiterführenden Schulen auf Grundlage der Förderung eingerichtet und ausgebaut habe. Die gesicherte Finanzierung laufe jedoch bis 2013 aus und man wolle mit der Resolution, die ursprünglich vom Landkreis Alzey-Worms formuliert wurde, frühzeitig auf die Bedeutung und Notwendigkeit der Schulsozialarbeit hinweisen und fordere, dass die Aufgabe als Bestandteil der Bildungspolitik angesehen und dementsprechend dauerhaft finanziell unterstützt wird.

Herr Xaver Jung (CDU) erklärte, dass man nicht früh genug mit der Förderung von Kindern und Jugendlichen beginnen könne. Bei der Schulsozialarbeit handele es sich eindeutig um eine originäre schulische Aufgabe und somit obliege die Finanzierung dem Land und nicht den Kommunen. Außerdem müsse man auch den sozialpädagogischen Fachkräften an den Schulen Sicherheit geben. Im Falle seiner Wahl in den Bundestag werde er sich für die dauerhafte Finanzierung einsetzen.

Herr Klaus Müller erklärte, dass die SPD-Fraktion die Resolution selbstverständlich unterstütze und fügte hinzu, dass er bisher bedauerlicherweise eine hohe Fluktuation bei den, an den Schulen eingesetzten, Fachkräften habe beobachten müssen und hoffe, dass durch eine gesicherte Finanzierung eine gewisse Kontinuität entstehe.

Für die FWG-Fraktion sprach Herr Hans Harth. Seine Erfahrung als Leiter einer Förderschule zeige, wie wichtig eine Unterstützung der Schüler, aber auch deren Familien ist und dass die Schulen dies alleine nicht mehr leisten können. Seine Fraktion unterstütze deshalb die Forderung.

Herr Robert Drumm (Die Linke) erklärte, dass seine Fraktion die Schulsozialarbeit als sehr notwendig erachte. Unter Verweis auf den Antrag seiner Fraktion zum Bildungs- und Teilhabepaket erklärte er, dass seine Fraktion die Resolution ebenfalls unterstütze.

Frau Katharina Büdel (FDP) bezeichnete die Schulsozialarbeit als unabdingbare und sehr hilfreiche Präventionsmaßnahme und bedankte sich für die Vorbereitung einer Resolution.

**Beschluss:**

Der Kreistag schließt sich den Forderungen des Landkreistages Rheinland-Pfalz zur dauerhaften, kontinuierlichen und verlässlichen Finanzierung der Schulsozialarbeit an und beschließt die Resolution an die Landes- und Bundesregierung betreffend die Schulsozialarbeit, wie von der Verwaltung vorgelegt.

<b>Kreistags-Sitzung am 31.10.2012</b> -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>
		davon anwesend: <b>29</b>
<b>TOP: 5</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>
		Dafür   Dagegen   Enthaltung
		-   -   -

### Unterrichtung über den Stand des Haushaltsvollzugs gemäß § 21 GemHVO

Gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO i.V.m. § 57 LKO ist der Kreistag nach den örtlichen Bedürfnissen des Kreises, in der Regel jedoch halbjährlich, während des Haushaltsjahres über den Stand des Haushaltsvollzugs hinsichtlich der Erreichung der Finanz- und Leistungsziele zu unterrichten.

Ein Vergleich der Haushaltsansätze mit den Daten der Finanzrechnung, die alle Ein- und Auszahlungen enthält, ergibt zum Stand vom 30.09.2012 die folgenden Übersichten:

#### 1. Übersicht über den Gesamtfinanzhaushalt bzw. die Gesamtfinanzrechnung

Pos.	Bezeichnung	Plan 2012	Ist zum 30.09.2012	Anteil in %
1.	+ Steuern und ähnliche Abgaben	103.000 €	90.451,81 €	88%
	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige			
2.	+ Transfereinzahlungen	50.974.673 €	36.176.298,55 €	71%
3.	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	20.798.250 €	16.442.990,06 €	79%
4.	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.823.000 €	1.353.420,10 €	74%
5.	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	558.650 €	487.129,33 €	87%
6.	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	6.323.038 €	2.297.302,56 €	36%
	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an			
7.	+ fertigen und unfertigen Erzeugnissen	- €	- €	
8.	+ andere aktivierte Eigenleistungen	- €	- €	
9.	+ sonstige laufende Einzahlungen	335.650 €	296.029,93 €	88%
<b>10.</b>	<b>= Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe 1 bis 9)</b>	<b>80.916.261 €</b>	<b>57.143.622,34 €</b>	<b>71%</b>
11.	- Personalauszahlungen	-15.719.842 €	-9.765.770,37 €	62%
12.	- Versorgungsauszahlungen	-1.027.558 €	-780.464,72 €	76%
13.	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-10.425.700 €	-6.870.188,57 €	66%
	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaus-			
14.	- zahlungen	-16.086.204 €	-15.512.292,14 €	96%
15.	- Auszahlungen der sozialen Sicherung	-44.000.550 €	-27.406.620,84 €	62%
16.	- sonstige laufende Auszahlungen	-3.220.840 €	-2.267.897,40 €	70%
<b>17.</b>	<b>= Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe 11 bis 16)</b>	<b>-90.480.694 €</b>	<b>-62.603.234,04 €</b>	<b>69%</b>
<b>18.</b>	<b>= Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (Saldo der Nummern 10 und 17)</b>	<b>-9.564.433 €</b>	<b>-5.459.611,70 €</b>	<b>57%</b>
19.	+ Zins- und sonstige Finanzeinzahlungen	516.150 €	573.638,80 €	111%
20.	- Zins- und sonstige Finanzauszahlungen	-2.598.600 €	-691.021,26 €	27%
<b>21.</b>	<b>= Saldo der Zins- und der sonstigen Finanzein- und -auszahlungen (Saldo der Nummern 19 und 20)</b>	<b>-2.082.450 €</b>	<b>-117.382,46 €</b>	<b>6%</b>
22.	= Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen (Saldo der Summen 18 und 21)	-11.646.883 €	-5.576.994,16 €	48%
23.	+ außerordentliche Einzahlungen	- €	- €	
24.	- außerordentliche Auszahlungen	- €	- €	

25.	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (Saldo Nummern 23 und 24)	- €	- €	
<b>26.</b>	<b>Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (Summe 22 und 25)</b>	<b>-11.646.883 €</b>	<b>-5.576.994,16 €</b>	<b>48%</b>
<b>Pos.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Plan 2012</b>	<b>Ist zum 30.09.2012</b>	<b>Anteil in %</b>
27.	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	2.669.990 €	1.122.720,79 €	42%
28.	+ Einz. aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	- €	- €	
29.	+ Einz. für immaterielle Vermögensgegenstände	- €	- €	
30.	+ Einzahlung für Sachanlagen	500 €	1.952,95 €	391%
31.	+ Einzahlungen für Finanzanlagen	- €	- €	
32.	+ Einz. aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgew.	- €	- €	
33.	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Vorräten	50.000 €	45.000,00 €	90%
34.	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	- €	- €	
<b>35.</b>	<b>Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe 27 bis 34)</b>	<b>2.720.490 €</b>	<b>1.169.673,74 €</b>	<b>43%</b>
36.	- Ausz. für immaterielle Vermögensgegenstände	-672.330 €	-713.640,34 €	106%
37.	- Auszahlungen für Sachanlagen	-4.069.600 €	-2.634.312,51 €	65%
38.	- Auszahlungen für Finanzanlagen	- €	- €	
39.	- Ausz. für sonstige Ausleihungen und Kreditgew.	- €	- €	
40.	- Auszahlungen für den Erwerb von Vorräten	- €	- €	
41.	- Sonstige Investitionsauszahlungen	- €	- €	
<b>42.</b>	<b>Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten (Summe 36 bis 41)</b>	<b>-4.741.930 €</b>	<b>-3.347.952,85 €</b>	<b>71%</b>
<b>43.</b>	<b>Saldo aus den Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Saldo der Nummern 35 und 42)</b>	<b>-2.021.440 €</b>	<b>-2.178.297,11 €</b>	<b>108%</b>
<b>44.</b>	<b>Finanzmittelüberschuss / Finanzmittelfehlbetrag (Summe 26 und 43)</b>	<b>-13.668.323 €</b>	<b>-7.755.273,27 €</b>	<b>57%</b>
45.	Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten	2.100.326 €	- €	0%
46.	- Auszahlungen zur Tilgung von Investitionskrediten	-2.337.710 €	-1.185.242,45 €	51%
47.	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten (Saldo der Nummern 45 und 46)	-237.384 €	-1.185.242,45 €	499%
48.	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	13.943.206 €	20.000.000,00 €	143%
49.	Auszahlungen zur Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	-37.499 €	-11.027.961,25 €	29409%
50.	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung	13.905.707 €	8.972.038,75 €	65%
51.	+ Abnahme der liquiden Mittel	- €	- €	
52.	- Zunahme der liquiden Mittel	- €	- €	
53.	Veränderung der liquiden Mittel (Saldo der Nummern 51 und 52)	- €	- €	
<b>54.</b>	<b>Saldo aus den Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 47, 50 und 53)</b>	<b>13.668.323 €</b>	<b>7.786.796,30 €</b>	<b>57%</b>
55.	+ Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern	- €	1.011.914,46 €	
56.	- Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern	- €	-2.221.392,24 €	

## 2. Übersicht über den Auszahlungsstand der „größten“ Investitionsmaßnahmen

	<b>Haushaltsplan 2012 (einschl. Ermächtigungen aus Vorj.)</b>	<b>Finanzr. 30.09.2012</b>	<b>Anteil in %</b>
Ausbau von Kreisstraßen	3.740.436,67	1.609.307,68	43,02
Neubau Freianlage/Parkpl. Gymnasium Kusel	350.000,00	218.189,10	62,34
Neubau Mensa IGS Süd Schönenberg-Kbg.	833.849,52	474.172,68	56,87
Baumaßnahme Draisinenstrecke	512.889,14	2.844,65	0,55
Fischtrepfen	401.614,62	11.943,60	2,97

Der Vorsitzende gab, unter dem Hinweis, dass die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan 2012 erst Anfang September genehmigt wurde, einige kurze Erläuterungen zu der Übersicht. Auf Anfrage von Herrn Xaver Jung (CDU) erklärte der Vorsitzende, dass es sich bei dem relativ geringen Anteil verausgabter Mittel beim Ausbau von Kreisstraßen lediglich um eine Abrechnungsfrage handele und ihm der Leiter des Landesbetriebes Mobilität Kaiserslautern erst kürzlich mitgeteilt habe, dass eine Neubewertung der Kreisstraßen zum Ergebnis gehabt hätte, dass sich die Zahl der Straßen mit einer schlechten Zustandsbewertung seit der letzten Erfassung halbiert hätten. Bis zur nächsten Kreistagssitzung sei eine Auswertung des Bewertungsverfahrens zu erwarten. Die Mitglieder des Kreistags nahmen die Informationen über den Stand des Haushaltsvollzugs zur Kenntnis.

<b>Kreistags-Sitzung am 31.10.2012</b> <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>29</b>		
<b>TOP: 6</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

### **Anträge von Fraktionen des Kreistags**

Da die Fraktion „Die Linke“ ihren Antrag zur Sitzung bereits vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen hatte, wurde dieser Tagesordnungspunkt nicht behandelt (vgl. Einleitung).

<b>Kreistags-Sitzung am 31.10.2012</b> -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>29</b>		
<b>TOP: 7</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

### **Anfragen von Fraktionen des Kreistags**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag eine Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zum **Ausbaustand der Kindertagesstätten im Landkreis zur Betreuung der ein- und zweijährigen Kinder** vor. Nachdem der Vorsitzende des SPD-Fraktion, Herr Klaus Müller, kurz die Anfrage begründete, stellte die zuständige Dezernatsbeauftragte, Frau Ulrike Nagel, den Sachstand im Hinblick auf den Ausbau der Kindertagesstätten im Landkreis Kusel anhand einer Beamer-Präsentation vor. Frau Nagel erklärte zu Beginn ihrer Ausführungen, dass man unmittelbar nach dem Beschluss des Kreistags im Jahr 2003 damit begonnen habe, die Voraussetzungen zu schaffen, um in den Kindertagesstätten des Landkreises bedarfsorientiert Kinder unter drei Jahren aufnehmen zu können. Somit hatte man den Vorteil, dass man bereits 2008 die Voraussetzungen übererfüllen konnte, welche ab 2010 dann gesetzlich vorgegeben waren. Seit 2010 könnten alle Kinder ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr entsprechend versorgt werden, so dass man einen Ausbaustand von 100 % verzeichnen könne. Lediglich in Spitzenzeiten müsse man in Einzelfällen auf die Kindertagespflege zurückgreifen. Anschließend zeigte sie anhand eines Diagramms die Entwicklung der Betreuung von Zweijährigen bis zum September 2013 auf und wies darauf hin, dass davon erfahrungsgemäß 80 % eine Kindertagesstätte besuchen. Zum Stichtag 01.09.2012 seien beispielsweise rd. 580 Zweijährige erfasst, so dass davon rd. 460 eine Kindertagesstätte nutzen. Mit 538 Kleinkindplätzen könne man demzufolge den zu erwartenden Bedarf abdecken und passe diesen auch stetig an. Weiterhin ging sie auf die Geburtenentwicklung der 1-jährigen ein, für die zum Teil bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein Betreuungsanspruch bestehe. Ab August 2013 hätten dann alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch. Derzeit verzeichne man bereits einen enormen Anstieg der Nachfrage, jedoch könne man mit der derzeitigen Anzahl der Kleinkindplätze auch diesen zu erwartenden Bedarf abdecken. Verteilt auf die einzelnen Verbandsgemeinden werde deutlich, dass die jeweilige freie Platzkapazität für einjährige zwischen 20 und 40 Prozent der Kleinkindplätze liege. Dadurch, dass man frühzeitig den Ausbau in Angriff genommen habe, sei nicht nur hinsichtlich der Anzahl der Kleinkindplätze die Voraussetzungen geschaffen, sondern man verfüge auch über das Erziehungspersonal, was andernorts bereits zu Problemen geführt habe. Insgesamt könne man feststellen, dass man gut aufgestellt sei.

Der Vorsitzende bedankte sich bei Frau Nagel und der Abteilung aber auch bei den Trägern für ihre Arbeit und sprach anschließend die Forderung der kommunalen Spitzenverbände gegenüber dem Land hinsichtlich der Kinderbetreuungsfinanzierung an.

Herr Klaus Müller (SPD) schilderte aus eigener Erfahrung, dass es für die Gemeinden sehr hilfreich gewesen sei, dass der Landkreis bei der Errichtung bzw. Sanierung von Kindertagesstätten finanzielle Unterstützung geleistet habe. Die Entwicklung der Nachfrage zeige, dass der Antrag seiner Fraktion, der damals im Vorfeld innerhalb der Fraktion durchaus kontrovers diskutiert wurde, richtig gewesen sei und hob hervor, dass die bedarfsgerechte Planung eine anspruchsvolle Aufgabe sei.

Nachdem Herr Michael Kolter (CDU) kurz auf die Zuschusssituation bei den Baukosten der Kindertagesstätte in Kreimbach-Kaulbach hinwies, beantwortete Frau Nagel noch einige Fragen von Frau Katharina Büdel (FDP) zu dem Thema.

Zur Anfrage der FWG-Fraktion zum **Einsatz des Gefahrstoffzugs im Zusammenhang mit einem illegal abgelagerten Hydrazinbehälter**, die den Mitgliedern des Kreistags vorlag, schilderte der Vorsitzende zunächst den Sachverhalt. Wie bereits der Presse entnommen werden konnte, sei in Nanzdietschweiler ein Behälter mit auslaufender Hydrazinlösung gefunden worden, der vom Gefahrstoffzug geborgen und gesichert wurde. Diese Lösung sei bei einem Anteil von mehr als 5 % giftig. Die Probeauswertung des Behälterinhaltes habe jedoch einen zigfach geringeren Anteil von ca. 0,25 % Hydrazin ergeben. Gleichzeitig wurde an der Fundstelle eine Bodenaustauschmaßnahme ausgeführt. Infolgedessen mussten u.a. die im Einsatz befindlichen Vollschutzanzüge gereinigt werden. Zu der Frage der Kreistagsfraktion, in welcher Weise die Reinigung der Schutzanzüge durchgeführt werden soll, erklärte er, dass die zuständigen Mitarbeiter im Katastrophenschutzwesen in Abstimmung mit dem Kreisfeuerwehrinspekteur aufgrund der gesundheitlichen Unbedenklichkeit des Stoffes die Reinigung mit einer Seifenlauge empfohlen haben. Eine Reinigung durch eine Fachfirma sei wegen der geringen Konzentration nicht notwendig. Weiterhin wies der Vorsitzende darauf hin, dass die Fraktion eine schriftliche Beantwortung ihrer Anfrage erhalte.

<b>Kreistags-Sitzung am 31.10.2012</b> -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>29</b>		
<b>TOP: 8</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

### **Informationen**

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes informierte der Vorsitzende die Kreistagsmitglieder über folgende Punkte:

- **Genehmigung des Haushalts 2012**

Hierzu informierte der Vorsitzende, dass die Aufsichtsbehörde die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 ohne die Verpflichtung zur Reduzierung des Haushaltsdefizits genehmigt habe. Auch der der Gesamtbetrag der vorgesehenen Investitionskredite sowie der Verpflichtungsermächtigungen wurden unter Bedingungen genehmigt. Des Weiteren habe die ADD mitgeteilt, dass angesichts der dramatischen Haushaltslage im Rahmen der Ausschöpfung eigener Einnahmequellen eine deutliche Anhebung des Kreisumlagehebesatzes zur Erreichung des Landesdurchschnitts im nächsten Haushaltsjahr nicht nur vertretbar, sondern zwingend geboten sei. Sofern dieser aufsichtsbehördlichen Forderung nicht nachgekommen werde, seien Konsequenzen für die Leistungen aus dem Kommunalen Entschuldungsfonds möglich. Hierzu beantwortete er anschließend kurz einige Fragen der Kreistagsmitglieder und wies darauf hin, dass im November ein Gesprächstermin mit der ADD vorgesehen sei. Der Kreishaushalt 2013 solle im Februar 2013 beraten werden.

- **Vorsitz FGW-Kreistagsfraktion**

Nachfolgend informierte er, dass die FWG-Kreistagsfraktion mitgeteilt habe, dass mit der heutigen Kreistagssitzung Herr Rüdiger Becker den Fraktionsvorsitz übernehme und der bisherige Vorsitzende, Herr Helmut Weyrich, die Stellvertretung übernehme.

- **Zweckverband Tierkörperbeseitigung**

Weiterhin informierte er, dass man infolge der Entscheidung der EU-Kommission, dass die Zwangsumlage für den Zweckverband Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz nicht mit den EU-Beihilfevorschriften vereinbar sei, Klage gegen den Zweckverband wegen Rückzahlung von Verbandsumlagen eingeleitet habe und erläuterte kurz den Sachverhalt.

- **Kommunal- und Verwaltungsreform**

Anschließend informierte er über den Inhalt der Schreiben des Innenministeriums zur Kommunal- und Verwaltungsreform, wonach mitgeteilt wurde, dass, wie der Presse bereits zu entnehmen war, für die Verbandsgemeinden Waldmohr, Glan-Münchweiler und Altenglan Gebietsänderungsbedarf bestehe. Insbesondere verwies er auf den darin enthaltenen Hinweis, dass vorgesehen sei, auf der nächsten Stufe der Kommunal- und Verwaltungsreform die Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte zu optimieren.

- **Sitzungstermine**

Schließlich kündigte er einen Termin des Umweltausschusses am 22.11.2012 im Umwelt-Campus Birkenfeld zum Thema Klimaschutz an und informierte, dass die Sitzung des Kreis-

ausschusses am 14.11.2012 im Bürgerhaus Quirnbach anstelle im Sitzungssaal der Kreisverwaltung stattfinde.

Die Mitglieder des Kreistags nahmen die vom Vorsitzenden vorgetragene Informationen zur Kenntnis.

\*\*\*\*\*

Die Sitzung begann um 16:00 Uhr und endete gegen 17:15 Uhr.

\*\*\*\*\*

Geschlossen:

Der Vorsitzende:  
gez.  
(Dr. Winfried Hirschberger)  
Landrat

Der Schriftführer:  
gez.  
(Manfred Drumm)  
Kreisoberverwaltungsrat